

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

07.05.2014

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Dennis Zach

Telefon-Nr.

02202 142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 08.04.2014

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:25 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil (I)

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 06.03.2014 - öffentlicher Teil**
0155/2014
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Annahme einer Schenkung**
0066/2014

- 6 Annahme einer Schenkung**
0067/2014
- 7 Umbenennung der Städtischen Galerie Villa Zanders**
0068/2014
- 8 Namengebung neue Gesamtschule**
0088/2014
- 9 Einrichtung eines weiteren Hauptschulabschlusskurses**
0109/2014
- 10 Künftige Jugendhilfeplanung und finanzielle Steuerung des außerunterrichtlichen Angebotes an den Offenen Ganztagsgrundschulen in Bergisch Gladbach**
0002/2014
- 11 Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Aufhebung der Satzungen gemäß § 61 a Abs. 5 Landeswassergesetz NRW (LWG NRW) über die vorgezogene Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Bereich der Stadt Bergisch Gladbach sowie VIII. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**
0108/2014
- 12 Einwohnerfragestunde**
0141/2014
- 13 Neuausrichtung der künftigen Energieversorgung der Stadt Bergisch Gladbach**
- 14 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 15 Anträge der Fraktionen**
- 15.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2014 (eingegangen am 18.02.2014) zur Wiederwahl eines Beigeordneten und Bestellung zum Stadtkämmerer**
0142/2014
- 15.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 18.03.2014 (eingegangen am 21.03.2014) zum Beschluss einer Resolution zur Anbindung an die A 4 über die "Bahndammtrasse"**
0154/2014
- 16 Anfragen der Ratsmitglieder**
- N Nicht öffentlicher Teil**
- 1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 06.03.2014 - nicht öffentlicher Teil**
0156/2014

- 3 **Mitteilungen des Bürgermeisters****
- 4 **Bericht aus den städtischen Beteiligungen****
- 5 **Übernahme von Bürgschaften zugunsten der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH -EBGL****
0148/2014
- 6 **Neubestellung eines weiteren stellvertretenden Wehrführers der Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach****
0147/2014
- 7 **Ausrichtung der künftigen Versorgung der Stadt Bergisch Gladbach****
0150/2014
- 8 **Anträge der Fraktionen****
- 9 **Anfragen der Ratsmitglieder****
- Ö Öffentlicher Teil (II)**
- 17 **I. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2014****
0059/2014/1

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil (I)

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Urbach eröffnet um 17:00 Uhr die 31. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Herr Kreutz (SPD-Fraktion), Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion), Herr Dr. Steffen (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), Frau Koshofer (FDP-Fraktion), Herr Lang (Fraktion DIE LINKE./ BfBB) und Herr Sirmasac (fraktionsloses Ratsmitglied) entschuldigt.

Herr Pick (CDU-Fraktion) ist ab 17:05 Uhr und Herr Henkel (CDU-Fraktion) ab 17:09 Uhr anwesend. Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) ist bis 19:18 Uhr und Herr Kraus (CDU-Fraktion) bis 19:19 Uhr anwesend.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 27.03.2014 mit den dazugehörigen Vorlagen und Unterlagen,
- die mit der Einladung übersandte Anlage zur Tagesordnung,
- einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP Ö 13/TOP N 7 zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheides bzgl. der Ausrichtung der künftigen Energieversorgung als Tischvorlage,
- ein Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB zu TOP Ö 13/TOP N 7 für ein neues Energiekonzept,
- eine schriftliche Stellungnahme Herrn Dr. Dünchheims (Hogan Lovells) zu den im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.03.2014 aufgeworfenen Fragestellungen der Ausschussmitglieder zur Ausrichtung der künftigen Energieversorgung als nicht öffentliche Tischvorlage zu TOP N 7 sowie
- weitere ergänzende schriftliche Unterlagen bezüglich einer Stellungnahme des Finanzamtes Bergisch Gladbach in Sachen „verbindliche Auskunft zum steuerlichen Querverbund beim Minderheitsgesellschafter“ mit einer diesbezüglichen Stellungnahme Herrn Schmitz-Toennens (DHPG) als nicht öffentliche Tischvorlage zu TOP N 7.

Herr Urbach erklärt, der Tagesordnung sei zudem zu entnehmen, dass zusätzlich zu der nicht öffentlichen Beratung der Vorlage Nr. 0150/2014, auch für den öffentlichen Teil der Sitzung ein Tagesordnungspunkt Ö 13 für die öffentliche Beratung der Ausrichtung der künftigen Versorgung vorgesehen sei. Unter TOP Ö 13 solle auch der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids behandelt werden.

Herr Steinbüchel **beantragt**, dass TOP N 7 insgesamt unter TOP Ö 13 öffentlich behandelt werde.

Herr Urbach merkt an, dass dies unproblematisch sei, soweit keine schützenswerten Inhalte diskutiert werden. Dazu müsste dann zunächst die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Herr Steinbüchel führt an, dass die Ratsmitglieder jene Punkte aus der Diskussion heraushalten können.

Herr Urbach schlägt vor, dass die Abstimmung über die künftige Energieversorgung öffentlich erfolgen könne, zuvor jedoch etwaige vertrauliche Fragen im nicht öffentlichen Teil beantwortet werden können.

Im Rat herrscht über diese Vorgehensweise Einvernehmen.

Er weist ferner darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss in der Sitzung am 25.03.2014 wegen weiteren Beratungsbedarfes beschlossen habe, bezüglich der Neufassung der Geschäftsordnung sowie der Neufassung der Zuständigkeitsordnung für die IX. Wahlperiode auf eine Beschlussempfehlung an den Rat zu verzichten und die Beratung und Entscheidung in der Sitzung des Rates am 27.05.2014 vorzunehmen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 06.03.2014 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

**3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 06.03.2014 - öffentlicher Teil
0155/2014**

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zum Verwendungsnachweis der Fraktion KIDinitiative über die Gewährung von Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführung der Fraktion für das Jahr 2012

Herr Urbach erklärt, dass der Rat als das für die Entscheidung über die Festsetzung der Zuwendungen zu den Aufwendungen der Fraktionen zuständige Gremium darüber informiert werden sollte, dass bis heute - trotz mehrmaliger Erinnerungen - von der Fraktion KIDinitiative der nach § 56 GO NRW geforderte Nachweis über die Verwendung von Fraktionszuwendungen für das Jahr 2012 noch nicht vorliege. Wegen des Fehlens dieses Nachweises sei er weder in der Lage, seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Prüfung der bestimmungsgemäßen Verwendung der Zuwendungsmittel für das Jahr 2012 nachzukommen, noch eine Bedarfsauswertung über die an die Fraktionen zu gewährenden Zuwendungsmittel vorzunehmen.

Mitteilung zum Ablauf des Bensberger Wochenmarktes während der Bauphase der Marktgalerie

Herr Urbach führt aus, dass es ein Treffen zwischen der Verwaltung, den Marktbesckickern und Vertretern der IBH gegeben habe. Dabei sei angedacht worden, dass der Markt während der Bauphase der Marktgalerie weiterhin in der Schlossstrasse abgehalten werden sollte. Die Marktstände sollen dabei der Geschäftszeile gegenüber dem jetzigen Löwencentre zugewandt sein und rückwärtig an die Fahrgasse grenzen. Es müsse allerdings noch überprüft werden, ob dies aufgrund der räumlichen Enge umsetzbar sei. Ein Verbleib des Marktes in der Schlossstraße sei der ausdrückliche Wunsch der Beschicker und Händler gewesen.

Der Rat nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

**5. Annahme einer Schenkung
0066/2014**

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Schenkung wird angenommen. Dem Schenkenden soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

6. Annahme einer Schenkung

0067/2014

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Schenkung wird angenommen. Dem Schenkenden soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

7. Umbenennung der Städtischen Galerie Villa Zanders

0068/2014

Der Rat fasst einstimmig folgenden, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage **geänderten, Beschluss**:

Die Städtische Galerie Villa Zanders wird umbenannt in „Kunstmuseum Villa Zanders“.

8. Namengebung neue Gesamtschule

0088/2014

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Gesamtschule Gronau/Heidkamp erhält den Namen „Nelson Mandela Gesamtschule“.

9. Einrichtung eines weiteren Hauptschulabschlusskurses

0109/2014

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Im Jahr 2014 wird ein weiterer Hauptschulabschlusskurs an der VHS vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung (insbesondere in 2015) eingerichtet.

10. Künftige Jugendhilfeplanung und finanzielle Steuerung des außerunterrichtlichen Angebotes an den Offenen Ganztagsgrundschulen in Bergisch Gladbach

0002/2014

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE./ BfBB folgenden **Beschluss**:

Ab dem Schuljahr 2014/2015 werden alle Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gemäß den jeweilig gültigen Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. bis 10. Lebensjahr, bezuschusst.

Zugleich wird die Verwaltung beauftragt, die jährliche und langfristige Jugendhilfeplanung in der in der Vorlage beschriebenen Weise umzusetzen.

11. Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Aufhebung der Satzungen gemäß § 61 a Abs. 5 Landeswassergesetz NRW (LWG NRW) über die vorgezogene Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Bereich der Stadt Bergisch Gladbach sowie VIII. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)

0108/2014

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Aufhebung der Satzungen gemäß § 61a Abs. 5 Landeswassergesetz NRW (LWG NRW) über die vorgezogene Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Bereich der Stadt Bergisch Gladbach sowie die VIII. Nachtragssatzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) in der Fassung der Vorlage unter Berücksichtigung der folgenden redaktionellen Änderungen: Die Präambeln der Satzungenentwürfe sind redaktionell an die aktuellen Rechtsstände der zitierten Gesetze anzupassen. Der Entwurf der Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Aufhebung der Satzungen gemäß § 61 a Abs. 5 Landeswassergesetz NRW (LWG NRW) über die vorgezogene Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Bereich der Stadt Bergisch Gladbach wird wie folgt redaktionell geändert: „§ 1 Die folgenden Satzungen werden aufgehoben: Satzung gemäß § 61 a Abs. 5 Landeswassergesetz NRW (LWG NRW) über die vorgezogene Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Bereich der Innenstadt Bergisch Gladbach – Nr. 001 – vom 18.12.2008 (...)“

12. Einwohnerfragestunde

0141/2014

Herr Urbach erklärt, dass eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann zum Thema „Schuldenstand der Stadt Bergisch Gladbach“ vorliege.

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob er seine Fragen selbst vorlesen wolle, was Herr Hoffmann verneint.

Herr Hoffmann schreibt:

„Seit 1999 habe ich die hauptamtlichen Bürgermeister Maria Theresia Opladen (CDU), Klaus Orth (SPD) und Lutz Urbach (CDU) während der Ratssitzungen der Stadt Bergisch Gladbach erlebt. Im Gegensatz zum Deutschen Aktienindex steigen die Schulden der Stadt Bergisch Gladbach ständig.“

Sodann verliest und beantwortet Herr Urbach die Fragen wie folgt:

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie hoch war der Gesamtschuldenstand der Stadt Bergisch Gladbach am 31.03.2013?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Gesamtschulden des Kernhaushalts und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen belaufen sich zum verfügbaren Stichtag 31.12.2012 auf rund 328 Millionen Euro. Davon entfallen rund 233 Millionen Euro auf langfristige Investivkredite und weitere 95 Millionen Euro auf Kassenkredite.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum ist es nicht möglich, trotz hoher Steuereinnahmen die Schulden der Stadt Bergisch Gladbach zu senken?“

Antwort der Verwaltung:

„Im Bereich der langfristigen Kredite ist dies durchaus gelungen. Diese wurden nämlich seit Ende 2009 um rund 8,1 Millionen Euro abgebaut. Bei den Kassenkrediten gelingt dies auch, aber nur wenn die Steuereinnahmen außerordentlich gut sprudeln. Dies gelang zum Beispiel in den Jahren 2008 und 2012. Ansonsten lagen die – weit überwiegend pflichtigen – Ausgaben über den Einnahmen.“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wann wird der FDP-Vorschlag zur Ausgabenkürzung der Stadt Bergisch Gladbach im Rat beschlossen?“

Antwort der Verwaltung:

„Wenn wir dasselbe meinen, nämlich einen Antrag auf pauschale Kürzung von Budgets, dann hat der Rat dies bereits im Dezember 2013 beschlossen.“

4. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wann ist mit der Rückkehr der Stadt Bergisch Gladbach in den Nothaushalt zu rechnen?“

Antwort der Verwaltung:

„Das Instrument des Nothaushalts gibt es nicht mehr. Wenn ein Haushalt nicht genehmigungsfähig ist, kommt es zur sogenannten vorläufigen Haushaltsführung mit ganz erheblichen Restriktionen. Dies ist aber zurzeit nicht zu befürchten, da unser aktuelles Haushaltssicherungskonzept wieder vom Rheinisch-Bergischen Kreis genehmigt worden ist. Damit dies aber auch künftig so bleibt, müssen Rat und Verwaltung weiter einen nachhaltigen Konsolidierungskurs verfolgen.“

5. Frage von Herrn Hoffmann:

„Hat der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach ein schlechtes Gewissen wegen der ständig steigenden Schulden der Stadt Bergisch Gladbach?“

Antwort der Verwaltung:

„Herr Hoffmann, Sie wissen wahrscheinlich, dass es mir sehr missfällt, wenn wir Schulden zu Lasten künftiger Generationen erhöhen. Und ja, insofern habe ich ein schlechtes Gewissen. Andererseits muss ich mir selbst gegenüber fair sein und feststellen, dass ich mit dem Rat gemeinsam zwei Haushaltssicherungskonzepte im Umfang von insgesamt 7,8 Millionen Euro auf den Weg gebracht habe. Ich habe mich vor dem Vorschlag unpopulärer Maßnahmen wie dem Umzug des NCG oder der Ausweisung neuer Gewerbegebiete nicht gedrückt. Und heute empfehle ich dem Rat den Ankauf von BELKAW-Anteilen auch deshalb, weil wir so die defizitäre Bäderinfrastruktur sichern und zusätzlich im Millionenbereich Erträge für den Kernhaushalt erzielen können. Und da es mir andererseits nicht möglich ist, Strukturen, die zu einer chronischen Unterfinanzierung führen, auszuhebeln, gehe ich in dieser Frage nicht zu sehr mit mir ins Gericht.“

6. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum hat sich der Kämmerer der Stadt Bergisch Gladbach mit seiner Forderung von Stellenstreichungen bei der Stadtverwaltung nicht durchgesetzt?“

Antwort der Verwaltung:

„Es trifft zu, dass der Kämmerer die Personalkostensteigerung im Jahr 2014 kritisch bewertet hat. Was die Zahl der Stellen angeht, hat der Rat im Stellenplan für das Jahr 2014 12 Stellen gestrichen. Er hat aber auch der Einrichtung von 22 zusätzlichen Stellen zugestimmt. Diese Bedarfe waren im Einzelnen begründet und der Rat hat diese Bedarfe mit seinem Beschluss anerkannt.“

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob er Zusatzfragen stellen wolle, was Herr Hoffmann verneint.

13. Neuausrichtung der künftigen Energieversorgung der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Urbach erklärt, dass - wie unter TOP Ö 1 dargestellt - dem Rat die Gelegenheit gegeben werden sollte, im öffentlichen Teil der Sitzung den öffentlichen Teil der Aussprache über die Ausrichtung der künftigen Energieversorgung vorzunehmen und gegebenenfalls in öffentlicher Sitzung auch Anträge zu stellen. Nicht öffentliche Inhalte müssen jedoch im nicht öffentlichen Sitzungsteil

beraten werden. Zu diesem Tagesordnungspunkt liege auch ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Tischvorlage vor. Diesen fasse er so auf, dass der Rat beschließen möge, einen Ratsbürgerentscheid über eine der vier Beschlussvarianten zur Energieversorgung durchzuführen. Sofern dies zutreffe, könne der Antrag heute öffentlich beraten und entschieden werden. Im Falle einer Annahme des Antrages wäre die Entscheidung für eine der vier Beschlussvarianten unter TOP N 7 dann als Entscheidung darüber zu werten, welche der Beschlussvarianten den Bürgern zur Entscheidung vorgelegt werde. Im Falle einer Ablehnung des Antrages werde der Rat die Entscheidung für eine der vier Beschlussvarianten unter TOP N 7 wie vorgesehen selbst treffen.

Herr Steinbüchel bestätigt diese Darstellung.

Herr Mömkes **beantragt** für die CDU-Fraktion betreffend den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids die geheime Abstimmung.

Das Quorum von mindestens 1/5 der Ratsmitglieder gemäß § 18 IV Geschäftsordnung ist mit den Stimmen der CDU-Fraktion erfüllt.

Herr Waldschmidt erörtert, dass die SPD-Fraktion vor vier Jahren die Gründung eigener Stadtwerke beantragt habe. Der Rat habe diesen Prüfungsantrag einstimmig angenommen. Die Erwartungen an die Mitbestimmungsrechte und finanziellen Möglichkeiten seien dabei enorm gewesen. In der eingerichteten Lenkungsgruppe seien sodann zwei Verfahrensstränge eingeleitet worden. Diese haben die Mehrheitsbeteiligung an der BELKAW und die Gründung eigener Stadtwerke als konkurrierende Ziele vorgesehen. Der - gemessen an den Erwartungen - ausgebliebene Erfolg, habe dazu geführt, dass ein freihändiges Vergabeverfahren gestartet worden sei. Seitens der RheinEnergie sei dann Druck ausgeübt worden. Die SPD-Fraktion habe stets betont, dass sie sich davon nicht beirren lasse, da das Wohl der Stadt Bergisch Gladbach im Vordergrund stehe. Deshalb danke er den Mitgliedern der SPD-Fraktion, insbesondere denen der Lenkungsgruppe, für ihre zielführende Mitarbeit. Nun liegen drei finale Angebote vor. Das Angebot der Stadtwerke Schwäbisch Hall sei nach umfangreicher Prüfung wirtschaftlich nicht tragbar. Die Angebote der STAWAG und der RheinEnergie seien zwar schwerlich miteinander zu vergleichen, müssten aber gegeneinander abgewogen werden. Anhand der vom Rat beschlossenen Kriterien liege das Angebot der STAWAG in den Punkten „Nachhaltigkeit“ und „Kommunale Einflussnahme“ zwar leicht vor dem der RheinEnergie, jedoch sei deren Angebot betreffend „Wirtschaftlichkeit“ deutlich besser. Zwar beherberge das Angebot der RheinEnergie Risiken, diese seien aber kalkulierbar. Gegen die Restschuld aus der Kreditaufnahme stehe nach Ablauf der zwanzig Jahre auch noch der Restwert der BELKAW, welcher auch durch die Netze gesichert sei. Jene Netze müssten bei der STAWAG-Variante noch gekauft werden. Dabei sei unklar, ob diese der BELKAW abgekauft werden können und wenn ja, zu welchem Preis. Die bundesweit laufenden Prozesse bezüglich Netzkäufe zögen sich derweil in die Länge, so dass mit keiner zeitnahen Entscheidung zu rechnen sei. Dies sei ein erhebliches Risiko, welches in einem unkalkulierbaren Rechtsstreit enden könne. Riskant sei des Weiteren die Kundengewinnung. In der Gesamtbetrachtung sei das Angebot der RheinEnergie daher zu bevorzugen. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN haben die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Thematik gefordert. Dies sei in Form der Bürgerversammlungen umgesetzt worden, deren Konzept auch für weitere Themen fortgeführt werden könne. Die Bürgerschaft sei nun ausreichend informiert, weshalb in der heutigen Sitzung eine Entscheidung getroffen werden könne. Die SPD-Fraktion werde der BELKAW-Variante zustimmen.

Herr Zalfen führt an, dass die Entscheidung über die künftige Energieversorgung nicht auf die Bürgerschaft verlagert werden solle. Der Rat habe sich jahrelang mit der Thematik beschäftigt und dürfe diese Verantwortung nicht von sich weisen. Sofern die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidung selbst treffen wollen, sei die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens gegeben. Die BELKAW-Variante sei der Stadtwerkelösung auch deshalb vorzuziehen, da sich das Netz nicht nur auf das Stadtgebiet

Bergisch Gladbachs beschränke, sondern auch die umliegenden Gemeinden versorge. In Anbetracht des Kaufpreises sei dies eine lohnenswerte Investition. Hinzu komme, dass der in Bergisch Gladbach vorhandene Netzanteil nach Ablauf des zwanzigjährigen Tilgungsplans abbezahlt sein werde, so dass der restliche Anteil des Netzes veräußert werden könne. Die Befürchtung des Zinsanstiegs sei zu vernachlässigen, da die Bäder GmbH in langfristige Anleihen investieren werde. Ein Anstieg der Zinsen bedinge somit auch einen Anstieg der Bäderfonds. Die Kosten könnten damit zwar nicht ausgeglichen werden, es werde jedoch eine zusätzliche Einnahmequelle sichergestellt. Der Vorwurf, der Anteilskauf der BELKAW werde aufgrund des Faktors „Wirtschaftlichkeit“ bevorzugt, sei nicht haltbar, da der Rat beschlossen habe, diesem Faktor die größte Bedeutung zuzusprechen. Es solle ein ausgeglichener Haushalt angestrebt werden, welcher nur über zusätzliche Einnahmen erreicht werden könne. Auch könne durch die in den Entscheidungsgremien hergestellte Parität Nachhaltigkeit geschaffen werden.

Herr Mömkes schließt sich den Aussagen Herrn Waldschmidts und Herrn Zalfens an. Die CDU-Fraktion habe stets das Ziel verfolgt, den wirtschaftlichsten und risikoärmsten Weg einzuschlagen, welchen die BELKAW-Variante darstelle. Eine Bürgerentscheidung über die Thematik lehne die CDU-Fraktion ab, da es in Deutschland eine repräsentative Demokratie gebe. Die von der Bürgerschaft legitimierte Verantwortung müsse der Rat nun wahrnehmen.

Frau Schundau erklärt, dass der Rat beschlossen habe, eine Mehrheitsbeteiligung bei der künftigen Energieversorgung zu erzielen. Dieses Kriterium sei nur von zwei Bietern erfüllt worden, so dass das Angebot der RheinEnergie schon allein daran scheitere. Zudem solle eine Dezentralisierung und Rekommunalisierung der Energieversorgung angestrebt werden. Dies könne bei der BELKAW-Variante nicht sichergestellt werden, zumal diese mit der RheinEnergie verwoben sei. Auch der steuerliche Querverbund und die Zusammenarbeit im Aufsichtsrat seien zweifelhaft. Zu kritisieren sei, dass die Wiederwahl des Kämmers ebenfalls auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehe. Aufgrund der Geschehnisse im Vorfeld der Sitzung betreffend etwaiger Absprachen zwischen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion hinterlasse dies einen faden Beigeschmack.

Herr Urbach weist darauf hin, dass aus der Tischvorlage für den nicht öffentlichen Teil hervorgehe, dass der steuerliche Querverbund sichergestellt sei. Diesbezüglich liege eine verbindliche Aussage der Finanzverwaltung vor.

Herr Santillán führt an, dass die Fraktion DIE LINKE./ BfBB bereits zu Beginn der jetzigen Wahlperiode die Gründung von Stadtwerken vorgeschlagen habe. Der später von der SPD-Fraktion gestellte Antrag sei deshalb auch unterstützt worden. Zu diesem Zeitpunkt habe die Energiewende, ausgelöst durch die Ereignisse um Fukushima, im Vordergrund gestanden. Von einer Neuausrichtung der Energieversorgung sei derweil nur wenig erkennbar. Viel mehr drehe sich die Diskussion ausschließlich um die finanziellen Aspekte. Der im Vorfeld der heutigen Sitzung gestellte Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB solle deshalb als fünfter, alternativer Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt werden. Demzufolge sollen Stadtwerke mit einer 100 %- Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach gegründet werden. Zuvor solle jedoch ein Energiekonzept in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Anhand der Informationsveranstaltungen sei verdeutlicht worden, dass sich die Bürgerschaft sachlich in die Thematik habe einbringen wollen. Die Fraktion DIE LINKE./ BfBB unterstütze daher den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN auf Durchführung eines Ratsbürgerentscheids. Es sei eine Bürgerinitiative gegründet worden, welche von Teilen des Rates unterstützt werde. Für ein Bürgerbegehren würden ca. 4.000 Unterschriften benötigt, deren Zusammentragung wahrscheinlich sei. Ein Anteilskauf der BELKAW stehe der Chance für eine mögliche Energiewende entgegen.

Herr Galley unterstützt einen Anteilskauf der BELKAW und schließt sich den Aussagen Herrn Waldschmidts und Herrn Zalfens an. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, wenn diese Position im Wahlkampf gegenüber der Bürgerschaft hätte verteidigt werden können. Die Einbindung

der Bürgerinnen und Bürger sei verspätet erfolgt und dürfe zudem nicht auf einen Bürgerentscheid reduziert werden. Der Gesetzgeber habe an den Ratsbürgerentscheid auch Anforderungen gestellt, welche verdeutlichen, dass dieser nur bei wesentlichen Entscheidungen zutragen kommen solle. Die Ausrichtung über die künftige Energieversorgung sei von solcher Tragweite, dass dies hätte gerechtfertigt werden können. Zwar sei es für eine solche Bürgerentscheidung nun zu spät, jedoch könne der Rat daraus seine Lehren für die Zukunft ziehen. Er persönlich werde den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN unterstützen.

Herr Kamp erklärt, dass sich der Rat seiner Verantwortung bewusst sei, da sich dieser auch intensiv in die Thematik eingearbeitet habe. Allerdings solle ein abschließender Beschluss auch mit den energiewirtschaftlichen Zielen übereinstimmen. Der Rheinisch-Bergische Kreis habe sich als Ziel gesetzt, in 20 Jahren autark in der Energieversorgung zu sein. Dahingehend sei es zweifelhaft, ob ein Anteilskauf der BELKAW richtig sei. Ferner fragt er, ob die BELKAW Eigentümer der Netze sei und nicht die Rheinische Netzgesellschaft. Letztere sei eine separate Gesellschaft innerhalb der RheinEnergie. Er vermisse zudem, dass die Instandhaltung der Netze vertraglich nicht vereinbart worden sei. Zudem habe die Rheinische Netzgesellschaft Verluste eingefahren. Eine wirtschaftliche Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach sei stark risikobehaftet, da der Energiemarkt laufend gesetzlichen Änderungen unterworfen sei.

Herr Schneider, Berater der smm Managementberatung GmbH, antwortet, dass die BELKAW Eigentümerin der Netze sei. Diese verpachte die Netze zum Betrieb an die Rheinische Netzgesellschaft.

Herr Dr. Fischer erläutert die Position der FDP-Fraktion zur Ausrichtung der künftigen Energieversorgung. Seine Ausführungen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Metten führt an, dass die Materie im Rat sehr qualifiziert behandelt worden sei und sich dies positiv auf das Verfahren ausgewirkt habe. Der Rat habe damals die Bewertungskriterien festgelegt und dabei den Faktor „Wirtschaftlichkeit“ mit 70 % bewertet. Dies dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Von einer Gründung eigener Stadtwerke mit einer 100%-Beteiligung, wie es die Fraktion DIE LINKE./ BfBB beantrage, sei abzuraten, da die hohe Komplexität des Stromgeschäftes es der Verwaltung unmöglich mache, die Strukturen des Marktes ohne Expertise zu durchdringen. Es sei wichtig, dass es sich vorliegend vor allem um eine Kapitalbeteiligung handle, wobei es von besonderer Bedeutung sei, dass die vom Rat entsendeten Aufsichtsratsmitglieder geschlossen agieren. Unter dieser Voraussetzung könne eine Beteiligung an der BELKAW einen großen Anteil für den Erhalt der städtischen Bäder leisten und an der Schuldentilgung mitwirken. Anhand der vorliegenden Tischvorlage werde auch deutlich, dass der steuerliche Querverbund sichergestellt sei. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB sei populistisch. Er enthalte keinen Finanzierungsvorschlag, was Angesichts der damit verbundenen Risiken inakzeptabel sei. Eine Beteiligung an der BELKAW sei der richtige Weg.

Frau Beisenherz-Galas zeigt sich einer BELKAW-Beteiligung gegenüber abgeneigt. Es müsse ein hoher Kredit aufgenommen werden, wobei zu befürchten sei, dass die zu garantierte Mindestrendite nicht zur Deckung des Schuldendienstes ausreiche. Erst wenn dies gesichert sei, könne auch von einer Wirtschaftlichkeit des Geschäftes gesprochen werden. Die im Vorfeld erwähnte Rendite von ca. 9 Millionen Euro basiere auf vergangenen Ergebnissen. Es bestehe die Gefahr einer weiteren Verschuldung der Stadt Bergisch Gladbach, da die zukünftige Entwicklung des Energiemarktes nicht absehbar sei. Eine Einbeziehung der Bürgerschaft in die Entscheidung sei erforderlich, da die Entscheidung über die Energieversorgung weit reichende Konsequenzen für die Stadt Bergisch Gladbach habe.

Herr Ebert erörtert, dass es in der Bürgerschaft eine Missstimmung betreffend das Zustandekommen der heutigen Entscheidung gebe. Die sachlichen Argumente sprechen deutlich für die BEL-

KAW-Variante, so dass dies auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürger vertreten werden könne. Allerdings können diese nicht vorgebracht werden, da sich ein deutliches Bild in der Öffentlichkeit über die Entscheidungsfindung manifestiert habe. Die Debatte über die Schließung des NCG habe bereits gezeigt, welche Ausmaße eine solche Situation annehmen könne. Eine optimale Lösung wäre gewesen, die Entscheidung auf einen Termin nach der Wahl zu vertagen. So hätte jede Partei ihre Position begründen können und die Bürgerschaft hätte durch die Stimmabgabe Einfluss nehmen können. Er befürworte daher eine Bürgerbeteiligung.

Herr Dr. Baeumle-Courth kritisiert, dass die Wertermittlung der BELKAW von der RheinEnergie vorgenommen worden sei. Zudem gehe das Netz über das Stadtgebiet Bergisch Gladbachs hinaus, es bestehe Sanierungsbedarf und es werde nur eine Minderheitsbeteiligung garantiert. Der Rat habe sich intensiv mit der Thematik befasst, so dass eine Entscheidung pro BELKAW nichtsdestotrotz zu respektieren sei. Die Missstimmung in der Bevölkerung über die Art der Entscheidungsfindung sei hingegen nachvollziehbar. Es sei vorgebracht worden, dass die Bürgerschaft nur bei wesentlichen Entscheidungen in den Prozess eingebunden werden solle. Die vorliegende Entscheidung sei die womöglich wichtigste Entscheidung des Rates in den letzten Jahren, so dass die Einbindung der Bevölkerung geboten sei. Die Argumentation mit Barwerten sei aus finanzieller Sicht verständlich, allerdings sei unsicher, ob der materielle Wert der BELKAW in zwanzig Jahren noch den prognostizierten Zahlen entspreche. Der Rat habe ursprünglich das Ziel gehabt, Stadtwerke Bergisch Gladbach ins Leben zu rufen. Nun werde womöglich eine Beteiligung an der BELKAW beschlossen, deren Netz 40 % mehr abdecke, als vorgesehen gewesen sei. Die aufgestellten Berechnungsbeispiele gehen über einen Zeitraum von 20 Jahren, da Zinssätze und Konditionen nur schwerlich über einen darüber hinausgehenden Zeitpunkt kalkuliert werden können. Nach dieser Zeit sei aber immer noch 1/3 des Kredits zu tilgen. Ob diese Schuld dann beglichen werden könne, hänge vom Restwert der BELKAW ab. Derzeit werde die Energiewende vorangetrieben, wobei die Großkonzerne diesbezüglich nicht vollends vorbereitet seien. Es bestehe demnach ein Risiko, sofern die Stadt Bergisch Gladbach ihren Einfluss nicht geltend machen könne. Er appelliert daher, dem Antrag zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids zustimmen, da die Entscheidung eine immense Tragweite habe.

Herr Dr. Miede erklärt, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine repräsentative Demokratie gebe und diese die bestmögliche Staatsform sei. Die Lenkungsgruppe habe die Sachlage über Jahre hinweg diskutiert und beraten. Er sei von der BELKAW-Variante überzeugt. Zudem sei Verantwortung nicht delegierbar, sondern mit dem Ratsmandat verbunden.

Frau Stauer erörtert, dass die Diskussionen in der SPD-Fraktion sowohl kontrovers als auch fruchtbar gewesen seien. Dabei sei die Position der Mitglieder der Lenkungsgruppe nicht automatisch auf die der restlichen Fraktionen übertragbar. Eine Partnerschaft mit großen Konzernen sei mit Skepsis zu betrachten, zumal insbesondere im Bereich der Energieversorgung eine größere Flexibilität angebracht sei. Nichtsdestotrotz seien wirtschaftliche Erwägungen von wesentlicher Bedeutung, da so die Aufgabenwahrnehmung der Stadt Bergisch Gladbach sichergestellt werden könne. Der Rat entziehe sich jedoch nicht seiner Verantwortung, wenn er sich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids anschließe. Die Argumente für die BELKAW seien stichhaltig und können gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert werden. So, wie eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit der RheinEnergie betreffend die BELKAW angestrebt worden sei, solle eine ebensolche Partnerschaft mit der Bürgerschaft hinsichtlich einer finalen Entscheidung angedacht werden.

Herr Santillán führt an, dass die wirtschaftlichen Aspekte durchaus eine große Rolle spielen. So solle schließlich ein Kredit in Höhe von 78 Millionen Euro aufgenommen werden, welcher nach zwanzig Jahren noch nicht getilgt sei. Auch müsse bedacht werden, dass die Wirtschaftlichkeit der BELKAW-Variante durch hohe Strompreise bedingt sei. Der Großteil des Rates betrachte die Beteiligung im Energiemarkt als reine Kapitalinvestition, so dass Aspekte der Nachhaltigkeit nur eine un-

tergeordnete Rolle zu spielen scheinen. Für die Fraktion DIE LINKE./ BfBB habe die verstärkte Einbeziehung der Bürgerschaft in den Prozess stets eine zentrale Rolle gespielt. So seien auch in der Lenkungsgruppe Überlegungen seitens der Fraktion DIE LINKE./ BfBB diesbezüglich eingebracht worden. Zwar herrsche eine repräsentative Demokratie vor, doch habe der Gesetzgeber die Möglichkeit zur Durchführung von Bürgerentscheiden in § 26 GO NRW gewährt. Diese Form der Bürgerbeteiligung sei somit Teil dieser repräsentativen Demokratie. Es habe zwar drei Informationsveranstaltungen gegeben, bei diesen wurde eine Bürgerbeteiligung allerdings nur simuliert, da die grundsätzlichen Entscheidungen der großen Fraktionen schon festgestanden hätten. Auch seien dort keine Alternativkonzepte vorgestellt worden. Die auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach dargestellten Zahlen bezüglich der Gewinne der BELKAW entsprächen zudem nicht den Zahlen auf der Internetpräsenz der BELKAW. Dies manipulierte die Bürgerinnen und Bürger. Die Durchführung eines Ratsbürgerentscheids stelle die Kernforderung der Fraktion DIE LINKE./ BfBB dar. Über die Finanzierung könne im Anschluss diskutiert werden. Zudem hätten die Berater den Rat manipulativ zur Entscheidung pro BELKAW gelenkt. Sofern die Stadt Bergisch Gladbach eigenständig neue Stadtwerke gründen wolle, müssten entsprechende Fachleute gefunden werden. Dies sei auch bei anderen Gemeinden getan worden, die ebenfalls Stadtwerke gegründet haben. Zunächst solle die Bürgerschaft aber beteiligt werden.

Herr Urbach weist die Formulierung Herrn Santilláns, die Berater hätten den Rat manipuliert, zurück. Diese Aussage sei rufschädigend und entspreche nicht den Tatsachen. Die Fraktion DIE LINKE./ BfBB sei in die Arbeit innerhalb der Lenkungsgruppe involviert gewesen und habe die ergebnisoffene Verfahrensweise beobachten können.

Herr Wagner bedankt sich, dass die Berater über die Dauer der Beratungen und Verhandlungen stets objektiv gehandelt und dem Rat während des Entscheidungsprozesses geholfen haben. Die Beteiligung an der BELKAW stelle in Anbetracht der vorliegenden Zahlen die bestmögliche Lösung für die Stadt Bergisch Gladbach dar. Es sei wichtig darauf hinzuweisen, dass die Alternativlösungen einen ähnlich hohen Finanzierungsbedarf haben. Zu bedenken sei dabei unter anderem, dass die Netze gekauft oder prozessual erstritten werden müssten. Insofern sei es falsch, dass eine BELKAW-Beteiligung zu teuer und unkalkulierbar sei. Ein Anteilskauf der BELKAW sei eine gute Entscheidung für die Stadt Bergisch Gladbach.

Herr Schütz führt an, dass die BELKAW-Variante durchaus vertretbar sei, allerdings seien die diversen Risiken zu hoch, weshalb diese von der Fraktion KIDinitiative abgelehnt werde. Es sei zu hoffen, dass die damit verbundenen Prognosen eintreffen. Sofern dies nicht eintrete, sei es wünschenswert, wenn sich die Befürworter der Variante ihrer Verantwortung nicht entziehen. Das Verhalten der SPD-Fraktion während der letzten Wochen sei indes inakzeptabel.

Herr Dr. Metten merkt an, dass die Energiewende auf kommunaler Ebene durch das Konsumverhalten der Kunden umgesetzt werden könne. Der Strommarkt sei nicht reguliert, so dass die Energieversorger ihr Angebot dem Markt anpassen. Die Thematik sei in ihrem Facettenreichtum für einen Bürgerentscheid zu komplex. Er stehe zu seiner Verantwortung und **beantragt** daher für die CDU-Fraktion die namentliche Abstimmung über die Beschlussvorschläge in der Vorlage zu TOP N 7.

Das Quorum von mindestens 1/20 der Ratsmitglieder gemäß § 18 III Geschäftsordnung ist mit den Stimmen der CDU-Fraktion erfüllt.

Herr Dr. Bernhauser erklärt, dass eine Entscheidung gegen einen Anteilskauf der BELKAW dazu führe, dass die von der BELKAW erwirtschafteten Gewinne ausschließlich dem Haushalt der Stadt Köln zufließen. Die dann gegründeten Stadtwerke hätten keinen einzigen Kunden. Hinzu komme, dass der Großteil der Bergisch Gladbacher Bevölkerung zum Kundenkreis der BELKAW gehöre und dies wahrscheinlich auch bleiben werde. Das Netz gehöre den Stadtwerken dann auch noch nicht, sondern müsse kaufmännisch ausgehandelt oder gerichtlich erstritten werden. Die Beteili-

gung an der BELKAW sei deshalb richtig und notwendig. In den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger symbolisiere die BELKAW zudem bereits die Bergisch Gladbacher Stadtwerke.

Herr Sonnenberg erörtert, dass seine Fragen aus der Ratssitzung vom 06.03.2014 nicht beantwortet worden seien.

Herr Urbach merkt an, dass die von Herrn Sonnenberg angesprochenen Sachverhalte dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung zuzuordnen sei und in diesem behandelt werden müssten.

Herr Sonnenberg führt an, dass der Aufsichtsrat der BELKAW im Falle eines Anteilskaufs der Stadt Bergisch Gladbach paritätisch besetzt werden solle. Dieser solle sich aus jeweils 9 Vertretern der RheinEnergie sowie 9 Vertretern der Stadt Bergisch Gladbach zusammensetzen. Er fragt, wie Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten seien.

Herr Schundau erläutert, dass die Ratsmitglieder bei jedem Beschluss eine Verantwortung zu tragen haben. Die großen Energiekonzerne hätten derzeit Schwierigkeiten, der aktuellen Entwicklung des Marktes zu folgen. Mit der Gründung eigener Stadtwerke habe die Stadt Bergisch Gladbach die Möglichkeit, Energie dezentral zu erzeugen. Deshalb stimme er für diese Variante.

Herr Urbach schlägt vor, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids zur Abstimmung zu stellen. Im Anschluss könne der öffentliche und nicht öffentliche Teil abschließend durchgeführt werden. Dann könne überlegt werden, ob der Beschluss über die künftige Energieversorgung im öffentlichen Teil (II) gefasst werde.

Herr Santillán merkt an, dass zwei Anträge zur Geschäftsordnung gestellt worden seien.

Herr Urbach entgegnet, dass ein Antrag auf geheime Abstimmung betreffend des von der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN beantragten Ratsbürgerentscheids von Herrn Mömkes für die CDU-Fraktion vorliege, sowie ein Antrag Herrn Dr. Mettens für die CDU-Fraktion betreffend namentlicher Abstimmung über die Beschlussvorschläge in der Vorlage zu TOP N 7.

Herr Sonnenberg stimmt Herrn Urbach dahingehend zu, dass die Beschlussfassung öffentlich sein solle. Im Vorfeld könne die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, so dass er seine offenen Fragen stellen könne. Im Anschluss könne dann die Öffentlichkeit wiederhergestellt und die Sitzung entsprechend der weiteren Tagesordnung fortgesetzt werden.

Herr Urbach sieht diesen Vorschlag als kritisch an, da dies zu einer mehrfachen Rotation von öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzungsinhalten führe. Er verweist auf das unter TOP Ö 1 hergestellte Einvernehmen über den Beratungsverlauf.

Herr Urbach stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Abstimmung. Wer für die Durchführung eines Ratsbürgerentscheides sei, solle mit „Ja“ stimmen. Wer dagegen sei, solle mit „Nein“ stimmen. Er weist ferner darauf hin, dass gemäß § 26 GO NRW eine Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für den Beschluss erforderlich sei, einen Ratsbürgerentscheid vorzunehmen.

Als Stimmzähler werden Herr Höring von der CDU-Fraktion, Herr Komenda von der SPD-Fraktion, Frau Scheerer von der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, Herr Jentsch von der FDP-Fraktion und Herr Kamp von der Fraktion Freie Wähler benannt.

Die Auszählung der Stimmzettel liefert folgendes Ergebnis:

Es werden 58 Stimmzettel abgegeben, wobei allerdings nur 57 stimmberechtigte Mitglieder des Rates anwesend sind. Darauf hin wird eine zweite Abstimmung durchgeführt.

Die Auszählung der in der zweiten Abstimmung abgegebenen Stimmzettel liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Es werden 57 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind.

Mit „Ja“ stimmen 16, mit „Nein“ stimmen 41 Mitglieder des Rates.

Das Quorum des § 26 GO NRW zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids ist damit nicht erreicht.

Der Rat fasst damit mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids wird abgelehnt.

14. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

Es liegen keine Anträge auf Umbesetzung in Ausschüssen vor.

15. Anträge der Fraktionen

15.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2014 (eingegangen am 18.02.2014) zur Wiederwahl eines Beigeordneten und Bestellung zum Stadtkämmerer 0142/2014

Herr Kamp dankt Herrn Mumdey im Namen der Fraktion Freie Wähler für seine geleistete Arbeit. Diese habe er bislang hervorragend erledigt. Er hoffe, dass die Arbeit Herrn Mumdeys nicht durch den Zusammenhang der Wiederwahl des Selbigen und der Entscheidung über die Ausrichtung der künftigen Energieversorgung beeinflusst werde.

Herr Santillán schließt sich den Ausführungen Herrn Kamps an. Die Fraktion DIE LINKE./ BfBB habe den Antrag der SPD-Fraktion zur Wiederwahl Herrn Mumdeys ausgiebig diskutiert und sich mehrheitlich für eine Zustimmung zu dem Antrag ausgesprochen. Herr Mumdey habe gute Arbeit geleistet.

Auch Herr Schütz bedankt sich bei Herrn Mumdey für dessen gute und kompetente Arbeit. Die Fraktion KIDinitiative werde dem Antrag daher zustimmen.

Herr Urbach stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE./ BfBB, der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird beschlossen: Herr Jürgen Mumdey wird ab dem 01.09.2014 für die Dauer von acht Jahren unter Beibehaltung seines Geschäftsbereiches (Fachbereiche 2, 3, 4 und 5 im derzeitigen Umfang) zum Beigeordneten wiedergewählt und zum Stadtkämmerer bestellt.

Herr Mumdey bedankt sich für das in ihn gesetzte Vertrauen. Er habe sich in den vergangenen Jahren stets bemüht, mit allen Fraktionen vertrauensvoll zusammenarbeiten und wolle dies beibehalten.

15.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 18.03.2014 (eingegangen am 21.03.2014) zum Beschluss einer Resolution zur Anbindung an die A 4 über die "Bahndammtrasse"
0154/2014

Herr Urbach weist darauf hin, dass bis zur geplanten konstituierenden Sitzung des neu gewählten Rates am 17.06.2014 keine planmäßige Sitzung des für die inhaltliche Entscheidung zuständigen Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau mehr terminiert sei. Da der im Parlamentsrecht geltende Grundsatz der Diskontinuität der Wahlperioden für den Rat nicht anwendbar sei, da dieser kein Parlament im eigentlichen Sinne sei, könne der Rat ohne Aussprache beschließen, den Antrag in der neuen Wahlperiode dem künftigen Ausschuss vorzulegen, in dessen künftige Kompetenz die „strategische Verkehrsentwicklungsplanung“ falle.

Herr Santillán zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Der Rat fasst einstimmig bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird zur weiteren Befassung in der IX. Wahlperiode des Rates an den Ausschuss verwiesen, in dessen künftige Kompetenz die „strategische Verkehrsentwicklungsplanung“ fällt.

16. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Mömkes: Anfrage zu Vorkommnissen im Zuge der „Mottowoche“

Herr Mömkes führt an, dass es in Köln während der so genannten „Mottowoche“ zu einigen Zwischenfällen unter den Abiturienten gekommen sei. Diese haben auch zu Polizeieinsätzen geführt. Er fragt, ob in Bergisch Gladbach Ähnliches vorgefallen sei.

Herr Dr. Speer antwortet, dass keine vergleichbaren Fälle in Bergisch Gladbach bekannt seien.

Herr Santillán: Anmerkung zum Abstimmungsverhalten der Fraktion DIE LINKE./ BfBB und Anfrage zu Beraterkosten

Herr Santillán merkt an, dass die Fraktion DIE LINKE./ BfBB in der heutigen Sitzung bisher ausschließlich mit „Ja“ bzw. für die Beschlussvorschläge gestimmt habe. Der Vorwurf, die Fraktion DIE LINKE./ BfBB würde stets mit „Nein“ bzw. gegen die Beschlussvorschläge stimmen, sei damit erneut widerlegt. Er führt zudem an, dass er in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.03.2014 nach den Kosten für die Berater gefragt habe. Dazu sei ein schriftliches Antwortschreiben erstellt worden. Allerdings beziehen sich die darin dargestellten Kosten nur auf das Jahr 2013. Er bittet daher, diese Informationen auch für die Jahre 2012 und 2014 zu erhalten. Zudem habe es vor einiger Zeit eine Dringlichkeitsentscheidung gegeben, bei der ebenfalls Kosten für die Heranziehung externer Berater zu einer Vorstudie zur Energieversorgung, in diesem Fall eine Anwaltskanzlei, entstanden seien. Diese seien dabei über den städtischen Haushalt und nicht über die Bäder GmbH verrechnet worden. Er bittet, die daraus entstandenen Kosten ebenfalls darzustellen.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zum Park der Menschenrechte

Frau Beisenherz-Galas führt an, dass sie betreffend den Park der Menschenrechte, zu dem sie bereits in vorherigen Sitzungen Anfragen gestellt habe, mit Frau Müller-Veit telefoniert habe. Da aber noch keine schriftliche Antwort vorliege, fragt sie, ob eine verkürzte Beantwortung der Anfrage zum aktuellen Sachstand in der heutigen Ratssitzung mündlich erfolgen könne.

Frau Müller-Veit antwortet, dass der Park der Menschenrechte im Bereich des Forumsparks geplant sei und dort verwirklicht werden solle. Eine Beratung mit Amnesty International, dem Antragssteller, sei geplant. Zum Zeitpunkt der Antragstellung seien noch keine Mittel des Vereins für die Umsetzung verfügbar gewesen. Diese stehen nun zur Verfügung, weshalb die Konzeption des Parks nochmals mit Amnesty International beraten werden solle.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil (I) der Sitzung um 19:04 Uhr. Er weist darauf hin, dass nach der Beratung der nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte die Öffentlichkeit zur Beratung des TOPs „I. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014“ – möglicherweise auch schon zur Beschlussfassung über die künftige Energieversorgung - wiederhergestellt werde. Die an der Beratung dieses Punktes interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer können sich in das Foyer vor dem Ratssaal begeben. Die Verwaltung gebe Mitteilung, sobald die Öffentlichkeit der Sitzung wieder hergestellt sei.

Ö Öffentlicher Teil (II)

[Beschlussfassung zu TOP N 7: Ausrichtung der künftigen Versorgung der Stadt Bergisch Gladbach]

Die namentliche Abstimmung ergibt folgendes Abstimmungsergebnis:

Dr. Baeumle-Courth, Peter	Nein
Beisenherz-Galas, Renate	Nein
Dr. Bernhauser, Johannes	Ja
Bilo, Angelika	Ja
Bischoff, Birgit	Ja
Buchen, Christian	Ja
Dietsch, Dorothea	Ja
Ditzler, Manfred	Ja
Dresbach, Erich	Ja
Ebert, Andreas	Ja
Dr. Fischer, Reimer	Ja
Galley, Thomas	Ja
Gerhards, Markus	Nein
Graner, Angelika	Nein
Haasbach, Hans Josef	Ja
Henkel, Harald	Ja
Höring, Lennart	Ja
Holtzmann, Petra	Ja
Jentsch, Boris	Nein
Kamp, Wilfried	Nein
Kleine, Nikolaus	Ja
Komenda, Mirko	Ja
Kraus, Robert Martin	Ja

Kühl, Manfred	Ja
Lehnert, Elke	Ja
Maas, Karl-Adolf	Ja
Dr. Metten, Michael	Ja
Dr. Mieke, Wolfgang	Ja
Mömkes, Peter	Ja
Mörs, Bernhard	Nein
Münzer, Mechthildis	Ja
Neu, Gerhard	Ja
Orth, Klaus	Ja
Pick, Rudolf	Ja
Reudenbach, Elvira	Ja
Santillán, Tomás M.	Nein
Schacht, Rolf-Dieter	Ja
Scheerer, Anna Maria	Nein
Schlaghecken, Friedhelm	Ja
Schmidt, Helmut	Nein
Schmidt-Bolzmann, Renate	Ja
Schöttler-Fuchs, Brigitte	Ja
Schütz, Fabian Theodor	Nein
Schundau, Edeltraud	Nein
Schundau, Roland	Nein
Sonnenberg, Hendrik	Nein
Sprenger, Markus	Ja
Stauer, Ute	Enthaltung
Stappert, Karl Gerhard	Ja
Steinbüchel, Dirk	Nein
Urbach, Lutz	Ja
Wagner, Hermann-Josef	Ja
Waldschmidt, Klaus W.	Ja
Willnecker, Josef	Ja
Winkels, Berit	Ja
Dr. Winzen, Peter	Ja
Zalfen, Michael	Ja

Mit „Ja“ stimmen demnach 41, mit „Nein“ stimmen 15 Mitglieder des Rates. 1 Mitglied des Rates enthält sich der Stimme.

Damit fasst der Rat mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

1. Im Verfahrenszug "BELKAW" werden die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in den Organen der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH gem. § 108 Abs. 6 lit. a) i.V.m. § 113 Abs. 1 GO NRW ermächtigt, das Angebot der RheinEnergie AG zur Beteiligung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH an der BELKAW vom 27. Januar 2014 anzunehmen.

2. Hierzu sind alle zur Realisierung des Beteiligungskonzepts erforderlichen weiteren Schritte zu unternehmen, insbesondere die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach GmbH zu gründen. Insbesondere sind die endverhandelten Verträge des Angebots, und zwar

- **der Konsortialvertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach, der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH und der RheinEnergie AG,**
- **der Gesellschaftsvertrag der BELKAW,**

- **der Kauf- und Abtretungsvertrag zur Übertragung von 49,9 % der BELKAW-Geschäftsanteile von der RheinEnergie AG an die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH,**
- **der Gesellschaftsvertrag der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH,**
- **der Gewinnabführungsvertrag zwischen der BELKAW und der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH,**
- **der Betriebspachtvertrag zwischen der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH und der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH sowie**
- **die Teilbeherrschungsabrede zwischen BELKAW und Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH,**

abzuschließen und zu unterzeichnen. Falls sich auf Grund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen der Verträge als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Bergisch Gladbach mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch die wesentlichen Inhalte dieses Beschlusses nicht verändert werden.

3. Im Verfahrenszug zur Stadtwerke-Gründung mit strategischem Partner soll die Annahmehoption für die verbindlichen Angebote der Stadtwerke Aachen AG und Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH als weitere Handlungsvarianten so lange aufrechterhalten bleiben, bis der Erwerb der Beteiligung an der BELKAW gemäß den Bedingungen des Konsortialvertrages und der weiteren Verträge rechtswirksam vollzogen ist, längstens jedoch bis zum Ablauf der jeweiligen Bindefrist am 30. Juni 2015.

17. I. Nachtragsatzung für das Haushaltsjahr 2014
0059/2014/1

Herr Dr. Fischer **beantragt**, dass die Finanzierung des Kredits mit einem Festzins über die Laufzeit von zwanzig Jahren unterlegt werde. Es sei eine Beispielrechnung der Verwaltung vorgelegt worden, welche einen KfW-Kredit beinhalte, der innerhalb von fünf Jahren getilgt werden könne, und zwei weitere Kredite, die über einen Zeitraum von zehn bzw. zwanzig Jahren getilgt sein sollen. Letzterer beinhalte genau die Hälfte des Gesamtkredites. Die Berechnung der Verwaltung sei dahingehend fortgeführt worden, dass der Zinssatz des Zehnjahreskredits als Berechnungsgrundlage gedient habe. Eine weitere Berechnung sei auf Anfrage der FDP-Fraktion durchgeführt worden. Dabei sei ein Festzins von 3,29 % für die Bäder GmbH bzw. 2,89 % für die Stadt Bergisch Gladbach über einen Zeitraum von zwanzig Jahren festgesetzt worden. Die Ergebnisse der beiden Berechnungen unterscheiden sich im Endergebnis nur gering. Eine Erhöhung des Teilkredites aus der ersten Berechnung der Verwaltung sei nicht bedacht worden. Das Ergebnis werde sich in einem solchen Fall allerdings maßgeblich verschlechtern. Aufgrund dessen solle die Berechnung, welche auf Anfrage der FDP-Fraktion erfolgt sei, Grundlage der Finanzierung werden.

Herr Urbach weist darauf hin, dass der Bürgermeister die Kompetenz zur Kreditaufnahme habe und diese auf den Kämmerer übertragen habe. Somit müsse der Rat die Entscheidung über die Sachangelegenheit zunächst an sich ziehen. Eine Abstimmung hierüber sei demnach primär durchzuführen.

Herr Dr. Metten führt an, dass die Berechnung der Verwaltung eine Zinsstaffelung vorsehe und vernünftig erscheine. Diese beinhalte auch Möglichkeiten, auf Entwicklungen des Kapitalmarktes zu reagieren. Es sei auch denkbar, dass der Zins weiter sinke. Hieraus hervorgehende Vorteile könnten nicht genutzt werden, wenn der Antrag der FDP-Fraktion beschlossen werde.

Herr Urbach merkt an, dass die Finanzierung entsprechend der ersten Berechnung der Verwaltung umgesetzt werde, sofern der Rat die Angelegenheit nicht an sich ziehe.

Herr Mumdey ergänzt, dass auf Veränderungen des Kapitalmarktes auch mit Zinssicherungsinstrumenten reagiert werden könne.

Herr Urbach stellt zunächst zur Abstimmung, ob der Rat die Angelegenheit an sich ziehen solle.

Dafür stimmten die FDP-Fraktion, die Fraktion Freie Wähler und die Fraktion KIDitiative. Dagegen stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE./ BfBB. Der Rat lehnt damit mehrheitlich ab, die Angelegenheit an sich zu ziehen.

Herr Urbach stellt daraufhin den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich mit den Stimmen von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, vier Stimmen aus den Reihen der FDP-Fraktion sowie der Stimme des Bürgermeisters gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE./ BfBB, der Fraktion Freie Wähler, der Fraktion KIDitiative sowie einer Stimme aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2014 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Herr Schütz gibt eine persönliche Erklärung ab. In der KIDitiative habe es in den letzten Wochen einige Veränderungen gegeben. So werde sich die KIDitiative künftig „Demokrative 14“ nennen. Von dieser Umbenennung sei auch die Fraktion betroffen, er werde dies dem Bürgermeister schriftlich anzeigen. Zudem habe Herr Urbach den fehlenden Verwendungsnachweis für das Jahr 2012 unter „Mitteilungen des Bürgermeisters“ angesprochen. Herr Voßler habe im letzten Jahr die Fraktion verlassen, was für eine kleine Fraktion eine erhebliche Arbeitsbelastung darstelle, so dass es zu Verzögerungen gekommen sei.

Herr Urbach schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

Gez.
Lutz Urbach
Bürgermeister

Gez.
Dennis Zach
Schriftführer